

rze
idig.

Tischendorf.
er Art
t.
en!

n in mein Gold-
ist empfehle ich
renuhren
nirter Glashütter
verkaufe diese mit
nung bittet
ilberarbeiter.

Ernst Krohn, Hauptstraße 4 u. 5.
Größe Ausgabe
Zentner, Zug 11. Schildkampen.

rumpfwirker
ende und dauernde
bei
ohne, Gallenberg.

Pyramide

zu verkaufen bei

Mülzen St. Nicolaus,

an sich! Jung, Wäldchen
Bermögl., häusl. erg.
i. ebdiges, Herrn. Ver-
erl., doch gut Charact.
form "Berlin 8. 14 erbet
n heute als Egria-
ter heutigen Nr.
erscheinende Ver-
ter billiger Weih-
der Firma E.
eg in 8 w i d a u.
gäst alle jene be-
chen Kinderbücher,
bücher immer neu
hlich den Weih-
den Hauses
verdies vieles Em-
für Erwachsene.

Lichtenstein-Gallnberger Tagblatt

früher
Wochen- und Nachrichtenblatt
zgleich

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Höslitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Igidien, Heinrichsort, Marienau und Nüssen.

Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 285 Herausprech-Ausgabe

53. Jahrgang. Donnerstag, den 10. Dezember

Telegrammadresse:
Tagblatt.

1903.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonnen und Feiertagen) abends für den folgenden Tag. Einzeljährlicher Bezugspreis 1 Mfl. 25 Pf. — Einzelne Numm. 10 Pfennig. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Friedauerstraße 397, alle Postanstalten, Postbüros, sowie die Aussträger entgegen. — Inserate werden im Unterpolygon vorgetragen, aber deren Raum von 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Anzeigen möglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. — Im „Amtlichen Teil“ wird die zweispaltige Seite oder deren Raum mit 30 Pfennigen berechnet. Für auswärtigen Inserenten kostet die behandelte Seite 15 Pfennige. —

Die Botschaft des Präsidenten Roosevelt.

Das große politische Ereignis im öffentlichen Leben der Vereinigten Staaten, die Botschaft des Präsidenten Roosevelt an die amerikanischen Bürger ist am 7. Dezember erlossen worden; und wenn Präsident Roosevelt auch in verbindlicher Weise am Anfang seiner Botschaft die große nordamerikanische Republik zu den Erfolgen und Fortschritten beglückwünscht, die sie im vergangenen Jahre gemacht hat, und wenn er auch gewissermaßen triumphierend der neuen und der alten Welt verkündet, daß die Staatskasse der Vereinigten Staaten im letzten Jahre einen Überschuss von 54 Millionen Dollars (217 Mill. M.) gemacht hat, so klingt durch die Botschaft doch sehr deutlich durch, daß genau wie in den Großstaaten der alten Welt auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika wirtschaftliche und handelspolitische Aufgaben und Sorgen das öffentliche Leben weit mehr beherrschen, als rein politische Angelegenheiten. Denn so hoch und vollständig auch der Überschuss von 54 Millionen Dollars in der amerikanischen Staatskasse klingt, so verklärt der Präsident doch gleich dabei, daß Anzeichen darauf hindeuten, daß im neuen Jahre der Überschuss sehr gering oder vielleicht gar nicht vorhanden sein werde; nun, einen deutlicheren Beweis für die kritische Lage des amerikanischen Geschäftsbetriebs gibt es wohl nicht. Der Präsident Roosevelt empfiehlt daher für die Zeiten der wirtschaftlichen Ebbe weise Sparhaftigkeit auf allen Gebieten. Nun diese Seite des großen amerikanischen Staatswesens ist für uns Europäer die lehrreichste und wichtigste, denn es hatte sich ja schon in vielen Köpfen der Wahn verbreitet, daß die amerikanischen Bäume in den Himmel wachsen und Nordamerika den gesamten Welthandel in den wichtigsten Warenarten an sich reißen würde, wies es ihm mit dem Weizen, der Baumwolle und dem Petroleum dank ganz unerhörter günstiger Produktionsbedingungen gelungen ist. Es wird aber nun selbst in der Botschaft des Präsidenten zugestanden, daß auch das nordamerikanische Wirtschaftsleben fränktisch ist. Natürlich hält sich der Präsident Roosevelt, dies direkt zu sagen, dazu ist er wie alle Amerikaner viel zu „smart“ (gewiegt, klug), aber die „Anzeichen“, welche im neuen Jahre auf keinen nennenswerten Überschuss in der amerikanischen Staatskasse schließen lassen, genügen uns Europäern vollständig zum Beweise dafür, daß die Vereinigten Staaten sich im ganzähnlichen wirtschaftlichen Kalamitäten befinden, wie die europäischen Länder. Sehr beachtenswert ist, daß der Präsident in seiner Botschaft auch eine neue amerikanische Regierungsschöpfung, das Departement für den Handel erwähnt. Dieses Departement ist aber, wie die Botschaft ausdrücklich betont, nicht dazu geschaffen, um die gesetzliche geschäftliche Freiheit zu kontrollieren oder zu beschränken, sondern es soll nur authentische Informationen schaffen, die dazu dienen, die Regierung bei der richtigen Ausführung der Gesetze zu unterstützen und neue Gesetze zu schaffen, die nötig sind, daß einige wenige Vereinigungen Vorechte auf Kosten der verminderten Leistungsfähigkeit der anderen ehlichen Vereinigungen erlangen. Diese damit angekündigte Bekämpfung der Vorteile einiger weniger Vereinigungen kann sich nur gegen das das Geschäftsbetrieb monopolisierende Auftreten der großen Trusts und Ringe richten, und wenn die Botschaft auch an einer anderen Stelle sagt, daß die Regierung das wohltätige Werk der Trusts und der Arbeiterverbände anstreben, so will sie damit diesen mächtigen Organisationen nur sagen, daß das Berechtigte und Nützliche in ihnen nicht gesetzlich beschränkt werden soll, sondern daß die amerikanische Regierung, wie es auch in der Botschaft heißt, nur die skrupellosen Leute, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer im Schach halten will. Auch betont die Botschaft die Notwendigkeit einer bedeutenden Wachsamkeit, um Amerika an den Vorteilen des Welthandels teilnehmen zu lassen.

Politische Wandschan.

Deutsches Reich.

* Die zweite sächsische Kammer beschloß sich am Montag ausschließlich mit einer Petition, welche seitens des Kaufmanns H. Zeißler in Großwiederitzsch um Gewährung einer Entscheidung wegen angeblich unschuldiger Verurteilung vorlag. Debatte los ließ die Kammer nach dem Antrag des Beichterschatters Bleyer die Petition auf sich beruhen.

* Im Reichstage sind sowohl von den Nationalliberalen wie vom Zentrum Anträge auf Bewilligung von Däten in Form von Unwesenheitsgeldern wieder ein gebracht worden.

* Die elßäffische Gruppe im Reichstag brachte einen Antrag auf Einführung des gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrechts für den Landesausschuß von Elßah. Voithingen gegen ein.

* Die erste alkoholfreie Kantine in der deutschen Marine ist in diesem Jahre an Bord des Linien Schiffes „Wettin“ eingeführt; außerdem wurden die Kantinen an Land und an Bord angewiesen, jederzeit alkoholfreie Getränke zur Verfügung zu halten.

* Die Zahl der Orte, in denen die Ärzte sich mit Krankenlassen in Konflikt befinden, beträgt nach neuerer Schätzung des Leipziger Verbandes zur Zeit 200. Der Münchener „Med. Wochenbl.“ zufolge sind zahlreiche neue Konflikte zu erwarten, sodass am 1. Januar 1904 voraussichtlich 3000 Ärzte im Kampf um ihre Interessen stehen werden. Zu Gunsten der Ärzte haben sich bisher erledigt die Differenzen in Braunschweig, Düsseldorf, Langenbielau, Mühlhausen i. Thür., München, Niederschlesien, Saalfeld, Stralsund, Stuttgart.

* Die in Reserve liegenden großen Kreuzer „Kaiser“ und „Deutschland“ sollen mit einem Kostenaufwand von je 700000 Mark umgebaut und in die Klasse der Küstenpanzer eingereiht werden.

* Leider Soldaten mißhandeln verbreitert sich der Oberst v. Reckling in den Jahrbüchern für die deutsche Armee und Marine in einem beachtenswerten Aufsatz, in dem er u. a. sagt: Um Mißhandlungen vorzubeugen, muß der Kompaniechef, Eskadron- oder Batteriechef tatkräftig in das Ge-triebe des ihm unterstellten Truppenteils eingreifen, selbst seine Unteroffiziere erziehen, den Mannschaften in eigener Person nahe treten und auf ihre Erfüllung erzieherisch einwirken. Der Kompaniechef hat durchaus genaue Kontrolle der den Mannschaften sowohl in wie außerhalb des Dienstes zukommenden Behandlung zu treffen. Die Unteroffiziere müssen durch das Beispiel ihres Kompaniechefs erfahren, wie dieser die Mannschaften behandelt wissen will. Das gute Beispiel wird anreisend und vorbildlich auf die Unteroffiziere wirken. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Zahl der Soldatenmißhandlungen jetzt tatsächlich stark zurückgeht.

Oesterreich.

* Ein Erlass des gemeinsamen Reichs. Kriegsministers für Oesterreich-Ungarn ordnet an, daß alle Offiziere ungarischer Regimenter die magyarische Sprache beherrschen sollen.

Italien.

* König Viktor Emanuel ließ der Prinzessin Clementine 10 000 Fr. für die mazedonischen Flüchtlinge überweisen.

Türkei.

* Die türkische Regierung hat beschlossen, die bisher 20 Jahre dauernde militärische Dienstzeit in folgender Weise zu verteilen: 9 Jahre aktiv, davon gezielt 4 Jahre unter der Fahne, 9 Jahre Reserve und 2 Jahre Landwehr, somit für die aktiven Reservebataillone die gleiche Anzahl Jahrgänge, was den Bedürfnissen dieser beiden entspricht.

Asien.

* Shanghai. Die Reibereien zwischen den Japanern und Russen dauern fort. Die Japaner haben als Pfand für das in den Grund gebohrte japanische Schiff „Takamuru“ das russische Boot „Progrif“ mit Beschlag belegt. Die

Russen drohen hinwiederum, gegen japanische Schiffe in Vladivostok Repressalien zu üben.

Aus Stadt und Land.

Lichtenstein, 9. Dezember.

* Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordneten-Ergänzungswahl wurden gewählt die Herren: Dr. med. Ernst Hürn mit 299 Stimmen, Kaufmann August Niehus mit 243 Stimmen, Fabrikant Friedrich Eduard Vorprecher mit 212 Stimmen, als Unjährige; Rentier Theodor Arnold mit 263 Stimmen als Unanständiger. Die nächstmeisten Stimmen erhielten die Herren: Körbs 210, Röcker 198, Jungħānel 103, Dürr 100, Kultscher 90, Schubert 89, Hofmann 83, Lorenz 39, Söh 38. Die Beteiligung an der Wahl war eine gute, denn es machten von 740 Stimmberechtigten 501 von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

* Fleischbeschau. Im Monat Nov. 1903 wurden geschlachtet bezw. gemeldet:

Rinder Schweine Stüber Schafe Siegen Hunde	41	187	44	58	1	2
in Lichtenstein	6	64	13	4	3	—
Sa.	47	251	57	62	4	2

* Berichtigung. In dem Bericht der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung muß es bei Punkt 4 anstatt 20% 30% heißen.

* In der am 5. dieses Monats von nachm. 3 Uhr ab im Sitzungsseale der Königlichen Amtshauptmannschaft Glauchau abgehaltenen 7. diesjährigen Bezirksausschusssitzung fanden u. a. meistens bedingungsweise Genehmigung: das Dispensationsgebot in Dismembrationsfällen der Grundstückseigentümer Johanne Christiane verehelichte Markt in Heinrichsort. Ferner beschloß der Bezirksausschuss, dem Gastwirt Louis Wagner in Hohndorf die Erlaubnis zur Veranstaltung theatralischer Vorstellungen durch Vereine in seinem neu erbauten Saale zu erteilen, das weitergehende Besuch desselben aber mangels Bedürfnisses abzulehnen. Aus dem letzteren Grunde wurde auch das Besuch des Schankwirtes Johann Leistner in Hohndorf um Erlaubnis zur Veranstaltung von Singspielen abgelehnt. Nachdem sodann der Bezirksausschuss sich in einigen, die Bezirkssanitätsamt zu Lichtenstein betreffenden Sachen, sowie hinsichtlich der Anlagenretur der Clara Leichsenring und des Gutbesitzers Albin Jacob in Mühlhausen St. Jacob und über die vorliegenden Gesuche von Gemeinden des Bezirks um Errichtung von Wegewalzkräften bez. um Gewährung von Wegebaubehilfen auf Staats- und Bezirksmitteln schlüssig gemacht, sowie die Wahlen von Mitgliedern und Stellvertretern für jede der 3 im Bezirk gebildeten Ergänzungsteuerkommissionen, von Sachverständigen zum Bezirkschätzungsausschuss für die staatliche Schlachtviehversicherung und für die Viehlebenskommissionen vorgenommen und auch die Durchschnittswerte der Naturalbezüge für die Zwecke der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung neu festgesetzt hatte, wurde die Sitzung gegen 1/2 Uhr geschlossen.

* Vom 15. d. M. ab werden die am 21. Dez. a. c. fälligen Coupons zu Königl. Sächs. Staatspapieren in Zwiedau bei dem Bankhaus Eduard Bauermeister schon bezahlt. Auch die Januar-Coupons zu Herzogl. Sächs. Landesbank-Obg. zu Standbriefen des Landw. Credit-Vereins, der Allg. Deutschen Credit-Anstalt, Comptoirbank, Sächs. Gedenercredit-Anstalt, Leipziger Hypothekenbank gelangen bei derselben Zahlstelle von jetzt ab bereits zur Einlösung.

* Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben. Zur Ausführung des Gesetzes, die Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben betreffend, verordnet das Königliche Ministerium des Innern folgendes: Die Beschäftigung eines Kindes ist nur gestattet, wenn dem Arbeitgeber — nach vorangegangener schriftlicher Anzeige bei den Ortspolizeibehörden — die vorgeschriebene Arbeitskarte eingehändigt worden ist. Die Arbeitskarten sind von den Ortspolizeibehörden aus-